

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

ENTTÄUSCHTE HOFFNUNG

(Noch) keine neue Verfassung für Chile

Tomás Leighton
November 2022



Am 4. September 2022 lehnte die chilenische Bevölkerung den Verfassungsentwurf ab, mit dem die unter der Pinochet-Diktatur entstandene und seit 1980 geltende Verfassung ersetzt werden sollte. Nach dem Scheitern des Referendums könnte Chile nun eine weitere politische Krise erleben.



Der Wille der Bevölkerung, die aktuelle Verfassung zu ändern, ist nach wie vor da. Die Regierung muss nun einen neuen Prozess einleiten, dessen Herausforderung darin bestehen wird, die Stärken des ersten Entwurfs beizubehalten und gleichzeitig auf Kritik zu reagieren.



Die demokratischen Innovationen des Verfassungsentwurfs hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und Umweltschutz sind weltweit wegweisend und werden nicht so leicht rückgängig zu machen sein.

Inhalt

1	EINLEITUNG	2
2	OASE IN FLAMMEN	3
3	DAS PROBLEM MIT DER AKTUELLEN VERFASSUNG	6
4	EINE NEUE VERFASSUNG	8
5	STERNSTUNDEN UND INNOVATIONEN DES VERFASSUNGSKONVENTS	9
6	WORAN SCHEITERTE DIE NEUE VERFASSUNG?	11
7	BILANZ	14
	Referenzen	16

1

EINLEITUNG

»Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.«

Antonio Gramsci, *Gefängnishefte (Quaderni del carcere)*, S. 354

Chile nimmt seit einiger Zeit eine Sonderstellung im Herzen der progressiven Welt ein. Im Herbst 2019 mündeten die gesellschaftlichen Proteste gegen den Neoliberalismus in einem demokratischen Prozess, um die von der Pinochet-Diktatur geerbte Verfassung von 1980 hinter sich zu lassen. Zwei Jahre später wurde der 36-jährige frühere Studentenfürher Gabriel Boric zum Präsidenten gewählt – Ausgangspunkt für eine neue Welle progressiver Regierungen in Lateinamerika.

Genau zu diesem Zeitpunkt, als die alte Welt im Sterben lag und die neue noch nicht geboren war, um mit Gramsci zu sprechen, lehnte die Bevölkerung den Verfassungsentwurf zur Ablösung der alten Verfassung ab. Zwar hat die alte »Magna Carta« ihre Legitimität verloren, doch auch der neue Entwurf wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Das Land befindet sich in einem Interregnum.

In dieser Situation besteht die Herausforderung nun darin, den weiterhin bestehenden Willen der Bevölkerung zur Änderung der Verfassung aufzugreifen und einen neuen Prozess einzuleiten, der sowohl die Stärken des alten Entwurfs aufgreift als auch auf die Kritikpunkte eingeht. Allerdings könnte die wirtschaftliche Ungewissheit einem neuen Verfassungsprozess im Wege stehen. Die Regierung muss ihre Prioritäten daher pragmatisch abwägen.

Die demokratischen Innovationen des abgelehnten Entwurfs wie Geschlechtergerechtigkeit, Anerkennung der Klimakrise und die Rechte der Natur werden aus der zukünftigen Verfasstheit Chiles nicht so leicht wegzudenken sein und weltweit Millionen Menschen inspirieren.

Der vorliegende Text ist eine Analyse der politischen Situation Chiles mit besonderem Augenmerk auf dem Ergebnis des Referendums vom 4. September 2022. Zur Beleuchtung der Ausgangssituation des verfassungsgebenden Prozesses werden zunächst die Ursachen der sozialen Unruhen des Jahres 2019 und deren Folgen analysiert. Darüber hinaus wird das Problem Chiles mit seiner Verfassung von seinem

Ursprung bis hin zu den aktuellen Entwicklungen rekonstruiert. Im Anschluss erfolgt eine Bewertung der Arbeit des Verfassungskonvents, um die Ursachen für sein Scheitern zu verstehen. Abschließend wird eine Bilanz der Ereignisse gezogen und ein Ausblick auf die zukünftigen Probleme gegeben, die das Land wird meistern müssen.

2

OASE IN FLAMMEN

Am 8. Oktober 2019 erklärte der damalige chilenische Präsident Sebastián Piñera in der beliebtesten Morgensendung des Landes, Chile sei eine »wahre Oase stabiler Demokratie inmitten eines lateinamerikanischen Kontinents in Aufruhr« (Romero, 2019). Nur wenige Tage später, am 18. Oktober, rollte als Reaktion auf die marginale Erhöhung der Tarife im öffentlichen Nahverkehr eine nie dagewesene Protestwelle durch die Straßen Santiagos. In dieser Nacht brannten in Santiago 25 Metro-Stationen, zahlreiche Einrichtungen wurden geplündert. Die Regierung verhängte eine absolute Ausgangssperre und forderte das Militär zur Unterdrückung des Aufstands an, wie es seit Pinochet nicht mehr geschehen war. Plötzlich stand die Oase in Flammen.

Die Geschichte der sozialen Unruhen vom Oktober 2019 beginnt mit einer Handvoll Schüler_innen der Sekundarstufe, welche die Bevölkerung dazu aufriefen, über die Drehkreuze der Metro in Santiago zu springen, um sich so der Preiserhöhung um 30 Pesos (0,03 Euro) zu widersetzen. Wenige Tage darauf war auf den von Rissen durchzogenen Wänden der Metro eine Parole zu lesen, die die strukturelle Natur des Aufstands offenbarte: »Es geht nicht um 30 Pesos, es geht um 30 Jahre!«

Die von Ex-Präsident Piñera angesprochene Oase speiste sich aus zwei Quellen: der politischen Stabilität und dem wirtschaftlichen Wachstum. Zum einen hatte sich Chile seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1989 daran gewöhnt, dass sich Mitte-links- und Mitte-rechts-Regierungen in einem von Konsens geprägten Klima an der Macht abwechselten, ohne dass die Amtszeiten der Präsident_innen vorzeitig unterbrochen wurden. Zum anderen gehört das Pro-Kopf-Einkommen in Chile zu einem der höchsten in ganz Lateinamerika. Die offene Wirtschaft ermöglichte in den vergangenen Jahrzehnten ein rasches Wachstum bei gleichzeitiger Kontrolle von Inflation und Arbeitslosigkeit, was eine deutliche Senkung der Armut und einen Anstieg des Mindestlohns erlaubte.

Für die Demonstrierenden war diese Oase hingegen nichts weiter als ein Trugbild. Die politische Stabilität des Landes gründete sich für sie nicht auf einen legitimen Gesellschaftsvertrag, sondern auf eine immer stärker ausgeprägte Unterordnung unter die Autorität der Institutionen. Hinter den prächtigen makroökonomischen Zahlen versteckte sich angesichts der stark ausgeprägten Ungleichheit eine

wachsende Unzufriedenheit, die nicht nur das Einkommen betraf, sondern verschiedenste Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens.

Am Anfang der Proteste versuchte die Regierung von Sebastián Piñera, den Konflikt auf ein Problem öffentlicher Ordnung zu reduzieren, und behauptete, die Studierenden seien eine laute Minderheit, die nicht die Mehrheit der Chilen_innen repräsentiere. Als sich die Unruhen ausweiteten, wurde auf deren gewalttätigen Charakter abgezielt in der Annahme, dass die Toleranz für diese Art der Meinungsäußerung in der Bevölkerung sehr gering sei. Der Konflikt wurde durch diese Strategie jedoch noch weiter angefacht: Innerhalb weniger Tage bahnten sich über eine Million Menschen ihren Weg durch die Straßen des Landes und forderten lautstark mehr Würde.

In dieser kathartischen Phase der Protestbewegung waren die Forderungen und Slogans so unterschiedlich und vielfältig wie die Gesellschaft selbst. Die Demonstrationen erstreckten sich dabei nicht nur auf die sozioökonomische Dimension, auch die Flaggen des Mapuche-Volkes wurden eines der Symbole der Märsche, mit denen die staatliche Anerkennung der indigenen Nationen gefordert wurde. Ebenso nahm der Feminismus, wie schon seit 2017, als Abtreibung erstmals in drei Fällen erlaubt wurde, eine zentrale Rolle ein: Die feministische Gruppe *Colectivo Las Tesis* startete ihre Performance „Ein Vergewaltiger auf deinem Weg“, die zur antipatriarchalen Hymne des Protests wurde und auf mehr als 50 Länder überschwappte. Am Ende ließ die Diversität der Forderungen und die Unmöglichkeit, diese auf einen Forderungskatalog einzugrenzen, jedoch nur einen gemeinsamen Nenner erkennen: die Wut auf die Eliten des Landes und auf die Art, wie sie dieses regierten.

Während der Proteste deutete zunächst nichts darauf hin, dass die sozialen Unruhen in einen verfassungsgebenden Prozess münden würden, der das Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaft radikal verändern könnte. Als positiv ist hervorzuheben, dass auf dem Weg dorthin kein Bruch der demokratischen Ordnung zu beklagen war. Als negativ müssen hingegen die Verletzungen der Menschenrechte angeführt werden, die durch die Einsatzkräfte der Polizei während der Demonstrationen begangen worden sind (vgl. Amnesty International, 2020).

DIE UNZUFRIEDENHEIT HINTER DEN ZAHLEN

Als sich in der öffentlichen Meinung ein Konsens über die soziale Unzufriedenheit in Chile abzeichnete, die von der guten wirtschaftlichen Entwicklung verdeckt worden war, sprachen einige von der sogenannten „Falle der mittleren Einkommen“, das heißt, die Erwartungen der Menschen steigen im Zuge des wirtschaftlichen Aufstiegs, während ihre Bereitschaft, die hergebrachten Verhältnisse zu akzeptieren, zurückgeht. Es wäre aber wohl kaum zu den Gewaltausbrüchen gekommen, wenn die Proteste nur eine Anpassung der Erwartungen gewesen wären. Die sozialen Unruhen waren vielmehr das Ergebnis des Erstarkens sozialer Bewegungen, die bereits seit mehr als zehn Jahren die Grundfesten des Systems anprangerten, sowohl hinsichtlich seiner materiellen Dimension als auch in Bezug auf sein Legitimitätsproblem.

Das in Chile umgesetzte Wirtschaftsmodell führte nicht nur zu wirtschaftlichem Wachstum, sondern reproduzierte durch die Privatisierung von Sozialleistungen sowie aufgrund eines ungerechten Steuersystems auch Ungleichheiten. Leistungen der Daseinsvorsorge wie Bildung und Gesundheit hängen von der Kaufkraft ab, sogar die Rentengelder werden von privaten, gewinnorientierten Unternehmen verwaltet. Dies trifft insbesondere Frauen, deren Renten aufgrund einer der niedrigsten Lohnersatzraten im OECD-Raum häufig unter der Armutsgrenze liegen (vgl. OECD, 2019). Darüber hinaus entfallen mehr als 40 Prozent der Steuereinnahmen auf die Verbrauchsteuern, was wiederum vor allem die Ärmsten belastet, während Vermögen und Einkommen nur unzureichend besteuert werden. Insgesamt ergibt sich das Bild eines Landes, in dem die reichsten ein Prozent der Bevölkerung 33 Prozent des gesamten im Land erwirtschafteten Einkommens erzielen (vgl. UNPD Chile, 2017).

Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Unzufriedenheit in Chile nicht nur eine Frage des messbaren Ungleichgewichts ist. Stattdessen wird die Ungleichheit oft als eine Art Missbehandlung erlebt, welche die sozialen Bande so weit strapaziert, dass daraus eine systemische Legitimitätskrise entsteht. Laut dem Politikwissenschaftler Juan Pablo Luna betrifft die Ungleichheit in Chile auch Menschen, die sehr nahe beieinander leben, die in Bezug auf ihre bürgerlichen und sozialen Grundrechte aber Jahrzehnte voneinander entfernt sind (vgl. Luna, 2019).

Die Formen der Ungleichbehandlung sind sehr unterschiedlich, angefangen bei denen, die sich für ein Hochschulstudium verschuldet haben und am Ende nur ein niedriges Gehalt in einem Supermarkt verdienen, bis hin zu denen, die in Gebieten leben, die für Bergbauaktivitäten »geopfert« wurden (*Zonas de sacrificio medioambiental*), und deren Kinder der Umweltverschmutzung durch die Bergbaugesellschaften ausgesetzt sind. Beiden gemein ist, dass die Forderungen und Beschwerden der Bürger_innen jedes Mal auf eine Mauer institutionellen Granits stoßen. Dies führt zu aufgestauter Frustration über die Funktionsweise der Demokratie

sowie zu der individuellen Überzeugung, sich am Rande der Institutionen zu bewegen und von diesen nichts erwarten zu können.

DIE POLITISIERUNG DER UNGLEICHHEIT

Vor dem Hintergrund der sozialen Unruhen, des verfassungsgebenden Prozesses und der Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen analysierte die internationale Presse, die chilenische Gesellschaft habe sich in einen linksextremen und einen rechtsextremen Teil polarisiert. Natürlich war es ungewöhnlich, wie einerseits die Linke in mehreren aufeinanderfolgenden Wahlen siegte, andererseits aber ein rechtsextremer Kandidat mit 44 Prozent der Stimmen den zweiten Wahlgang erreichte. Dennoch zeigen Studien, dass die politischen Tendenzen der Bürger_innen nur eine geringe Identifizierung mit dem linken oder rechten Spektrum aufweisen (vgl. Centro de Estudios Públicos, 2022). Während sich die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung der Mitte zugehörig fühlt oder keine Aussage dazu trifft, verteilt sich der Rest gleichmäßig auf beide Enden des politischen Spektrums. Insofern wurden die politischen Präferenzen nicht durch die sozialen Unruhen polarisiert. Vielmehr hat sich das Angebot der Parteien verändert, sodass die erfolgreichsten politischen Gruppierungen nun diejenigen waren, welche die nachdrückliche Forderung nach Erweiterung der sozialen Rechte in ihr Programm aufgenommen hatten.

Somit stellt sich die Frage, wie es in Chile von einer diffusen Forderung nach Würde zu einer klaren Forderung nach sozialen Rechten gekommen war. Um dies zu erklären, wurde auf das Phänomen der »Politisierung der Ungleichheit« hingewiesen, die sich im Laufe der letzten Jahre im Land vollzogen hat. In Chile hat es über einen langen Zeitraum ein hohes Maß an Ungleichheit gegeben, die Toleranz dafür nahm im Laufe der Zeit jedoch immer weiter ab. In den ersten Jahren nach Pinochet stimmte das Wirtschaftswachstum optimistisch, da es mit der Hoffnung auf eine Umverteilung des Reichtums einherging. Da dieses Versprechen aber nie eingelöst wurde, verstanden die Menschen schließlich, dass das Trickle-down-Prinzip nicht funktionieren und der Reichtum sich weiter auf einen extrem kleinen Teil der Gesellschaft konzentrieren würde. War es früher noch akzeptabel gewesen, dass der Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen von der eigenen Finanzkraft abhing, wurde dies später als Ungerechtigkeit empfunden.

In den ersten zwanzig Jahren nach der Rückkehr zur Demokratie legte das BIP des Landes jährlich sieben bis acht Prozentpunkte zu; in den letzten Jahren (vor der Corona-Pandemie) schrumpfte das Wachstum hingegen auf gerade einmal zwei bis drei Prozentpunkte. Am Anfang stützte sich die Wirtschaft noch auf die Verschuldung der arbeitenden Bevölkerung, doch mussten die Privathaushalte zunehmend auf Kredite zurückgreifen, um laufende Kosten wie Lebensmittel, Kleidung, Wohnung und besonders Bildung und Gesundheit zu bezahlen. Als das Wirtschaftswachstum dann nachließ, erhöhte sich die Verschuldung, sodass eine Fortsetzung des chilenischen Systems unter den zuvor gängigen

Bedingungen unmöglich geworden war und auch die Bürger_innen ihre Lebensbedingungen mit anderen Augen sahen. Auf der Suche nach den Gründen für die entstandenen Probleme brachten die sozialen Bewegungen einige Schlagworte auf, die schließlich in den Forderungen nach sozialen Rechten mündeten: Neoliberalismus, Ausrichtung der öffentlichen Ausgaben, das Subsidiaritätsprinzip und schließlich die Verfassung.

3

DAS PROBLEM MIT DER AKTUELLEN VERFASSUNG

Die chilenische Verfassung kann trotz zahlreicher Änderungen, die sie im Laufe der Zeit erfahren hat, weder in ausreichendem Maße als Gründungsakt für das chilenische Gemeinwesen erhalten noch als Grundlage zur Beilegung von Differenzen zwischen den Bürger_innen dienen. Nachdem die Chilen_innen die Verfassung als Quelle ihrer langjährigen Übel identifiziert hatten, begann der verfassungsgebende Prozess. Aber woher kommt die Ablehnung der Bevölkerung gegenüber ihrem »Grundgesetz«?

UNRECHTMÄSSIGE ENTSTEHUNG

Das chilenische Verfassungsproblem reicht bis in das Jahr 1973 zurück, als General Augusto Pinochet einen blutigen Staatsstreich anführte, um die demokratisch gewählte Regierung Salvador Allendes zu stürzen. Dabei setzte der Diktator die seit 1925 geltende verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft und setzte eine Militärjunta ein. 1974 offenbarte die Diktatur in ihrer Grundsatzerklärung den Willen, eine neue antimarxistische, nationalistische und katholische institutionelle Ordnung zu schaffen. Was sie in ihrer Doktrin von anderen lateinamerikanischen Diktaturen unterschied, war ein Gesellschaftsverständnis, in dem das Individuum Vorrang vor dem Staat hatte, weshalb dieser nur subsidiäre Aufgaben übernehmen sollte, das heißt diejenigen, die der Markt nicht leisten konnte. Neben dem Schutz des privaten Eigentums und der freien Ausübung wirtschaftlicher Aktivitäten war die notwendige Voraussetzung eines subsidiären Staates die Entpolitisierung der Gesellschaft durch die tragende Rolle intermediärer Organisationen, welche die Vermittlungsfunktion von den politischen Parteien übernahmen. In dem Dokument bekam die Anti-Staatlichkeit der Jurist_innen Pinochets eine korporatistische Färbung, in der die gesellschaftlichen Gruppen ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Kollektiv durchsetzen sollten. Obwohl das Subsidiaritätsprinzip der Diktatur den neoliberalen Wirtschaftspolitikansätzen entsprach, die Milton Friedman den *Chicago Boys*¹ einrichtete, um sie dann in Chile umzusetzen, war das normative Fundament der Erhalt einer natürlichen ungleichen Ordnung oder, um mit

Hayek zu sprechen, frei von jeglicher Umverteilungsabsicht, die willkürlich ein fehlerbehaftetes Wissen der Realität aufzwang (vgl. Hayek, 2007).

Pinochets Neugründungsambitionen entwickelten sich zu einem neoliberalen Projekt, dessen institutionelle Grundlage eine neue politische Verfassung sein sollte. Dafür verfasste eine Gruppe von acht Juristen einen Verfassungstext, dessen Hauptmerkmale ein starker Präsidialismus, eingeschränkter Pluralismus und eine schwache Rolle der politischen Parteien waren. Das so aufgestellte Regime sollte unter der Aufsicht der Militärs und der von ihnen bestimmten politischen Vertreter_innen stehen. Was die Rechte anging, so setzte man auf die private Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen wie Bildung und sogar der Wasserversorgung. Darüber hinaus wurde festgelegt, dass Regelungen zu heiklen Fragen nicht wie gewöhnliche Gesetze geändert werden konnten, sondern eines Quorums oberhalb der absoluten Mehrheit benötigten (»*quórum supramayoritario*«). Neben den bereits erwähnten Dienstleistungen wurde so das Wahlsystem, die Funktionsweise der politischen Parteien sowie das Verbot von Tarifverhandlungen streikender Arbeitnehmer_innen und das Verbot der politischen Betätigung von Gewerkschaftsführer_innen abgesichert. Zum Schutz des diktatorischen Systems wurde zudem die Presse- und Meinungsfreiheit eingeschränkt und ein binominales Wahlsystem eingerichtet, um das Entstehen unterschiedlicher politischer Kräfte zu verhindern.

Im Jahr 1980 führte Pinochet ein Scheinreferendum durch, um den Verfassungstext abzusegnen. Die Ratifizierung unter diesen Bedingungen schrieb den unrechtmäßigen Ursprung dieser Diktatur-Verfassung fest. Unter dem Vorwand, Chile sei noch nicht bereit für die Transition zur Demokratie, regierten die Militärs mithilfe von Übergangsbestimmungen und der Verhängung des verfassungsmäßigen Ausnahmezustands weiter, so dass der Text erst nach der Rückkehr zur Demokratie in Kraft treten sollte.

DAS VOLK GEGEN SEINE VERFASSUNG

Einer der ersten internationalen Auftritte Chiles nach der Rückkehr zur Demokratie war die Teilnahme an der Weltausstellung in Sevilla im Jahr 1992. In der brütenden Hitze des spanischen Sommers präsentierte das Land eine 70

¹ Die *Chicago Boys* waren eine Gruppe von Technokraten, die sich selbst als apolitisch bezeichneten, aber der politischen Rechten nahestanden. Sie wurden von den Ideen Milton Friedmans von der Wirtschaftsfakultät der Universität Chicago beeinflusst.

Tonnen schwere Skulptur aus Eis, die Millionen Besucher_innen in ihren Bann zog. Das Eis war direkt aus der Antarktis geholt und dann auf Schiffen der chilenischen Marine nach Europa transportiert worden.

Die ausgefallene Idee sollte beweisen, dass die Chilen_innen in der Lage waren – ähnlich wie bei dieser Meisterleistung –, andere Güter wie Obst oder Lachs zu exportieren. Der internationalen Presse fiel rasch die Strategie auf, Chile über das Image der Kälte als effizientes Land zu positionieren (Dillon, 1992), während die Organisator_innen bereitwillig hinzufügten, dass man die klare Absicht habe, sich vom tropischen Lateinamerika mit seinem Image der Unordnung und der sozialen Konflikte abzuheben (Pinedo, 1996). Nur vier Jahre nach dem Ende der Diktatur stand das Eisbergprojekt somit sinnbildlich für ein neues Kapitel in der chilenischen Geschichte: Der Anblick des transparenten und reinen Eises galt als Symbol für den Neuanfang, ohne Bezug zur Diktatur der Vergangenheit. Aber was versteckte sich unter der Spitze des Eisbergs?

Als die Chilen_innen mit der Volksabstimmung von 1988 die Diktatur besiegten, lag ihnen die Welt zu Füßen. Hinter den Kulissen blieben jedoch viele Aspekte der Diktatur bestehen. Die konsensbasierte Art des Übergangs zur Demokratie ermöglichte es Pinochet, als Senator und Oberbefehlshaber der Armee an der Macht zu bleiben und sich der Verantwortung für die während seiner 17-jährigen Regierungszeit begangenen Menschenrechtsverletzungen zu entziehen. Die chilenische Transition bestand einfach ausgedrückt also darin, die institutionelle Stabilität des neuen Regimes mit Schweigen und Straflosigkeit für die Militärs zu erkaufen. Allerdings war dies nicht das einzige Zugeständnis: Im Unterschied zu den Spanier_innen im Jahr 1978 oder den Brasilianer_innen im Jahr 1988 erarbeiteten die Chilen_innen bei der Rückkehr zur Demokratie keine neue Verfassung. Als Chile aus der langen Nacht der Diktatur erwachte, war die unrechtmäßige Verfassung noch immer da.

Die problematischsten Elemente der Verfassung aus dem Jahr 1980 wurden beim Übergang zur Demokratie zwar reformiert, wesentliche autoritäre Elemente blieben jedoch in der Verfassung verankert, beispielsweise die Existenz von Senator_innen, die von bestimmten Instanzen des Staates ernannt werden konnten, die Beibehaltung eines Senatorenpostens für Pinochet, ein System hoher Hürden zur Reform der Verfassung, das binominale Wahlsystem, das eine Pattsituation zwischen den beiden stärksten Koalitionen hervorbrachte, sowie ein System hoher Hürden zur Abänderung der zentralen Säulen des neoliberalen chilenischen Modells (vgl. Garretón Merino & Garretón, 2010).

Obwohl Chile in den internationalen Rankings zur Bewertung des Übergangs zur Demokratie und der demokratischen Entwicklung aufgrund seiner makroökonomischen Ergebnisse sehr gut abschnitt, verwandelte sich das Land im Laufe der Zeit zu einer unvollständigen Demokratie (vgl. Garretón Merino, 2003). Der Preis für das Beibehalten der

Verfassung aus dem Jahr 1980 war die fehlende Akzeptanz durch die Bevölkerung – ihre unrechtmäßige Entstehung wurde so zu einer unrechtmäßigen Existenz.

In den letzten 30 Jahren wurden in Chile wiederholt Verfassungsreformen durchgeführt, um Überreste der Diktatur zu beseitigen, wie zum Beispiel das hohe Ausmaß an Autonomie und politischer Einflussnahme durch die Streitkräfte. Die Tatsache, dass es bis zum heutigen Tag ein Verfassungsproblem gibt, zeigt jedoch, dass diese Reformen die Verfassung keineswegs stabilisierten, sondern stattdessen eine noch größere Ablehnung in der Bevölkerung hervorriefen. Die Verfassungsreformen aus dem Jahr 2005 ließen beispielsweise das Wahlsystem unangetastet und stärkten dafür die Befugnisse des Verfassungsgerichts, das so zu einer dritten gesetzgebenden Kammer aufstieg, deren Besetzung anteilmäßig unter den beiden großen Mehrheitsblöcken aufgeteilt wurde. Geblendet von den Vorzügen des von Pinochet entworfenen Wahlsystems sahen die jeweiligen Regierungen nicht die Gefahren, die sich hinter der Fortschreibung und Verschärfung der Repräsentativitätsprobleme verbargen.

Im Jahr 2006 organisierten erstmalig seit der Wiedereinführung der Demokratie Schüler_innen der Sekundarstufe die ersten großen Proteste gegen das privatisierte Bildungssystem und den schlechten Zustand des öffentlichen Bildungsektors. Beides hat seinen Ursprung in dem aus Diktaturzeiten stammenden Grundlagengesetz zur Bildung (LOCE). Die Schülerbewegung war nur die erste in einer Reihe verschiedener Bewegungen, deren Forderungen aufgrund von Gesetzen aus der Diktatur und den Urteilen des Verfassungsgerichtshof nicht stattgegeben werden konnte. Die Verfassung wurde somit zu einem wiederkehrenden Bremsklotz für die sozialen Bewegungen und stand in einem widersprüchlichen Verhältnis zur Forderung nach sozialen Rechten.

Neben ihrer unrechtmäßigen Entstehung war es also auch die aktuelle Verfassungsproblematik, die zu der Entscheidung führte, eine neue Verfassung für Chile zu entwerfen, um die Gewaltausbrüche bei den sozialen Unruhen von 2019 zu beenden.

4

EINE NEUE VERFASSUNG

Als sich die Parteien auf den verfassungsgebenden Prozess einigten, war einer der Kritikpunkte der Konservativen, dass man damit eine Lösung aus dem Ärmel zaubern würde, die mit den realen Problemen der Menschen nichts zu tun hätte – die Verfassung sei ein abstraktes Thema. Der Gedanke eines verfassungsgebenden Prozesses war aber bereits seit vielen Jahren Teil der Agenda der sozialen Bewegungen. Dies ging so weit, dass die zweite Regierung Michelle Bachelets einen Vorschlag zur Verfassungsänderung auf den Weg brachte, der die Beteiligung der Bürger_innen vorsah. Ziel war eine Abstimmung im Kongress zur Verabschiedung der Verfassungsänderung mit einer Reihe vorgeschalteter Bürgerdialoge als Input für die Erstellung des Entwurfs. Die Konsultation wurde als Erfolg gewertet, später aber angesichts der mangelnden Unterstützung aus konservativen Kreisen (vor allem der Christdemokrat_innen) von der Regierung verworfen.

Als der konservative Piñera die darauffolgenden Wahlen gewann, ließ er Bachelets Entwurf einer neuen Verfassung im Kongress ruhen. Bei einem Abendessen mit einflussreichen Unternehmer_innen des Landes rühmte sich der Innenminister unter dem Beifall der Anwesenden damit, die Verfassungsänderung ausgebremst zu haben, was zu einer lebhaften Diskussion unter den Anwesenden führte. Danach wurde nicht mehr darüber gesprochen, bis die Politik von der Realität eingeholt wurde. In der »Feuer-und-Wut-Nacht des chilenischen Oktobers« (Titelman, 2019) berichteten die Fernsehsender ungläubig über die Ereignisse. Niemand hatte diese Unruhen kommen sehen. Doch hatte sich nun eine echte Chance aufgetan, die Verfassung aus dem Jahr 1980 zu ersetzen.

POLITISCHER AUSWEG AUS DER KRISE

Über die möglichen Auswege aus der politischen Krise Ende 2019 lässt sich im Nachhinein trefflich streiten. Damals gab es erhebliche Differenzen innerhalb der Linken, welchen Weg man angesichts der generellen Infragestellung staatlicher Institutionen und des Fehlens von Führungspersonlichkeiten, die im Namen der Demonstrierenden hätten sprechen können, einschlagen sollte. Die Mehrheit der im Kongress vertretenen Parteien drängte auf eine schnelle Einigung, auch aus Angst vor einer möglichen Intervention des Militärs. Am Abend des 15. November 2019 einigten sich

die Parteien auf eine Volksabstimmung, in der über die Änderung der Verfassung aus dem Jahr 1980 abgestimmt werden sollte. Damit verbunden war auch die Frage, welches Organ mit der Ausarbeitung eines neuen Verfassungstextes betraut werden konnte. Es ging darum, »eine institutionelle Lösung zu bieten, deren Ziel im Streben nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit durch ein unangreifbar demokratisches Verfahren Bestand haben würde« (Bibliothek des Chilenischen Nationalkongresses, 2019).

Nach dieser Einigung ließen sowohl die Anzahl als auch die Intensität der Protestaktionen allmählich nach, während ein Expertenausschuss die Details des Prozesses ausarbeitete und Mindestanforderungen für eine neue Verfassung definierte. Damals gelang es progressiven gesellschaftlichen Organisationen im Zusammenspiel mit den politischen Parteien, einige aufsehenerregende Bestimmungen einzubringen. Weltweit einmalig sollte die verfassungsgebende Versammlung Geschlechterparität sowie die Inklusion der indigenen Völker berücksichtigen. Am 25. Oktober 2020 stimmten die Chilen_innen mit einer überwältigenden Mehrheit von 78 Prozent der Stimmen für die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Blickt man auf die Bilder aus der »Nacht des Feuers und der Wut« zurück, mit der diese Geschichte begonnen hatte, so stellt die Volksabstimmung vom Oktober 2020 ein vermeintlich erfolgreiches Ende dieser politischen Krise dar. Doch obwohl der Prozess zunächst einen Triumph für das progressive Lager bedeutete, wurde diese Chance letztlich nicht genutzt und die tiefgehende Repräsentationskrise besteht weiter fort.

5

STERNSTUNDEN UND INNOVATIONEN DES VERFASSUNGSKONVENTS

Die Enttäuschung über die Ergebnisse der jüngsten Volksabstimmung steht in direktem Gegensatz zu der Hoffnung, die der Prozess ursprünglich sowohl in Chile selbst als auch im Ausland geweckt hatte.

Nach ihrer Wahl zur Vizepräsidentin des Verfassungskonvents wurde die Mapuche-Aktivistin und Sprachwissenschaftlerin Elisa Loncón im Jahr 2021 vom *Time Magazine* in die Liste der 100 wichtigsten Persönlichkeiten aufgenommen, wo sie an der Seite von Joe Biden, Xi Jinping und Kamala Harris in der Kategorie »Führungspersönlichkeiten« vertreten war. Das *Time Magazine* griff den Satz auf, mit dem sie die Arbeit des Verfassungskonvents eröffnete: »Heute entsteht ein neues Chile: pluralistisch, mehrsprachig, mit all seinen Kulturen, mit all seinen Völkern, mit seinen Frauen und all seinen Territorien. Das ist unser Traum, wenn wir eine neue Verfassung schreiben« (Huencho, 2021). So begann eine hoffnungsvolle Reise für die progressiven Kräfte in Chile.

Es gab gute Gründe dafür, Hoffnung in den Prozess zu haben. Das neue Wahlsystem sollte die Inklusion von Frauen (52,4 Prozent der Bevölkerung) und indigenen Völkern (rund 12,9 Prozent der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung) sicherstellen, die in der Vergangenheit von den politischen Entscheidungen mehrheitlich ausgeschlossen waren. Darüber hinaus sollten Unabhängige nun Wahlallianzen bilden können, um die Repräsentation sozialer Bewegungen zu ermöglichen. Die ablehnende Haltung gegenüber den traditionellen politischen Parteien und das Momentum bei der Forderung nach mehr sozialen Rechten boten den progressiven Kräften zudem die Chance auf ein außergewöhnlich gutes Wahlergebnis. Die linken Kräfte übertrafen die erforderliche Zweidrittelmehrheit zusammen bei Weitem, die für die Verabschiedung von Inhalten des Textes notwendig war, und konnten somit auf die politische Rechte verzichten. Dies ist in Chile sehr ungewöhnlich, da das rechte Spektrum für gewöhnlich mindestens 45 Prozent der Stimmen in allen Wahlen erhält. Doch mit der Zeit sollte sich zeigen, dass die Dinge deutlich komplizierter lagen.

Wie erwähnt, war die Forderung nach Würde der gemeinsame Nenner auf den Demonstrationen von 2019, die sich später zur Forderung nach Ausweitung der sozialen Rechte wandelte. In diesem Sinne erfüllte der neue Verfassungstext vollumfänglich die in ihn gesetzten Erwartungen. Bereits in

Artikel 1 heißt es: »Chile ist ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat« (Vorschlag für eine Politische Verfassung der Republik Chile 2022, S. 5).

Im später folgenden Kapitel über die Grundrechte wurde das Recht auf Gesundheit, Sozialversicherung, Bildung und Wohnung festgeschrieben; dies war Teil der Forderungen der sozialen Bewegungen. Darüber hinaus gab es auch Fortschritte bei neueren Rechten wie dem Recht auf eine gesunde Umwelt. Wäre der Verfassungsvorschlag angenommen worden, wäre Chile der Übergang zu einem der fortschrittlichsten Verfassungssysteme der Welt gelungen, in dem der liberale Staat durch den sozialen Rechtsstaat abgelöst worden wäre – einem Staat, der nicht nur das Eigentum und die Freiheit schützt, sondern auch bestrebt ist, eine Balance zwischen Freiheit und Gleichheit herzustellen.

Der Verfassungsentwurf führte zudem neue Definitionen ein, um Formen von Schlechterstellung und Diskriminierung zu begrenzen. Zum einen wurden die Rechte von Menschen mit Behinderung, alten Menschen, Mädchen, Jungen und Heranwachsenden anerkannt; zum anderen wurde beschlossen, die Souveränität nicht auf die Nation, sondern auf das Volk als solches zu gründen, welches sich seinerseits aus unterschiedlichen Nationen zusammensetzt.

Die Einführung innovativer Verfassungsinhalte erregte auch das Interesse der Weltöffentlichkeit, allen voran die Frage der Geschlechterparität, die nicht nur eine Vorbedingung für das Einreichen von Kandidaturen bei Wahlen sein sollte, sondern Bedingung für die Zusammensetzung aller Staatsorgane. Für Chile stellte dies einen großen Schritt dar; die aktuell geltende Verfassung beinhaltet zum Thema Frauen nur das Verbot der Autonomie über deren Körper.

Der chilenische Feminismus hat mit einer Mischung aus fachlicher Kompetenz und sozialer Mobilisierung dafür gesorgt, dass der chilenische Verfassungsentwurf als erster weltweit unter der Bedingung der Geschlechterparität erarbeitet worden war. Dies hatte sich auch deutlich im Verfassungstext niedergeschlagen, der eine ausgeprägte Gender-Perspektive beinhaltete und die chilenische Demokratie als paritätisch definierte – eine weltweit einzigartige Maßnahme zur Teilhabe von Frauen am politischen und sozialen Leben. Dieser Grundsatz sollte Voraussetzung sein für repräsentative Ämter auf allen Ebenen, sollte aber ebenso in

autonomen Organen und staatlichen Unternehmen zur Anwendung kommen sowie im privaten Sektor gefördert werden. Dabei handelte es sich nicht um eine isolierte Maßnahme, sondern um einen breiten Gender-Ansatz (Artikel 312), was sich auch in der Anerkennung des Rechts auf Pflege (Artikel 49), die Forderung nach Unterstützung durch den Staat (Artikel 50), die Definition sexueller und reproduktiver Rechte (Artikel 61), die Verpflichtung zur gleichen Entlohnung für gleiche Arbeit (Artikel 46) und das Recht auf ein Leben ohne geschlechterbezogene Gewalt (Artikel 27) widerspiegelt. Die Geschlechterparität ist bei den Chilen_innen zum beliebtesten Element der Verfassung avanciert und ist auf internationaler Ebene absolut wegweisend für die Demokratien des 21. Jahrhunderts. Obwohl es noch viel über das Verhältnis der politischen Kräfte und den künftigen Weg zu diskutieren gibt, wird die Geschlechterparität nur schwer aus den künftigen Debatten wegzudenken sein. Feministinnen des Südens ist es gelungen, eine gruppenspezifische Forderung bzw. ein umstrittenes Element des politischen Spiels in ein unverzichtbares Element zur Ordnung der politischen Gemeinschaft zu verwandeln.

Die zweitwichtigste Innovation war das Bekenntnis zu einer ökologischen Verfassung, die einen Katalog ökologischer Menschenrechte definierte und den Rechtsanspruch auf Wasser garantierte, indem es in all seinen Aggregatzuständen zu einem Gemeingut erklärt wurde (Artikel 140). In dem Text wurde auf die Bedeutung der Treibhausgasreduktion sowie auf die Maßnahmen zur Prävention, Anpassung und Abmilderung der – explizit als solche anerkannten – Klimakrise hingewiesen. Weltweit ist es das erste Mal, dass ein Verfassungsentwurf diese Definitionen enthält. Darüber hinaus schreibt Artikel 127 des Entwurfs fest, dass die Natur über Rechte verfügt und »der Staat und die Gesellschaft verpflichtet sind, sie mittels einer ökologisch verantwortungsbewussten Verwaltung zu schützen und zu respektieren sowie die umweltrelevante und wissenschaftliche Bildung durch stetige Ausbildungs- und Lernprozesse zu fördern« (Vorschlag für eine Politische Verfassung der Republik Chile 2022, S. 125). Zu den Rechten der Natur gehört auch die unauflösbare Verbindung zwischen ihr und den Menschen, wie Artikel 1 des Verfassungsentwurfs besagt. Darüber hinaus lag eine besondere Symbolkraft darin, dass das einzige Land der Welt, das sein Wassersystem entsprechend der aktuell geltenden Verfassung privatisiert hat, nun zu einem Land werden sollte, in dem der Staat das Wasser zu schützen hat und das Menschenrecht auf Wasser, Abwasser sowie das Gleichgewicht der Ökosysteme Vorrang besitzt (Artikel 140).

6

WORAN SCHEITERTE DIE NEUE VERFASSUNG?

Eine Woche vor dem Referendum über den neuen Verfassungstext organisierte der Bürgermeister von Valparaíso, Jorge Sharp, eine kulturelle Veranstaltung zugunsten der Option »Apruebo« (»Ich stimme zu«). Was angesichts der Umfragen inmitten einer pessimistischen öffentlichen Meinung als Energieschub gedacht war, wurde am Ende zum Todesstoß für den neuen Verfassungstext. Beim Auftritt der Gruppe *Las Indetectables* zog eines der Bandmitglieder vor den Augen tausender Zuschauer und vor laufender Kamera eine chilenische Flagge aus dem Anus hervor und schrie dabei: »Chile abtreiben, denn ich glaube nicht an den Staat und erst recht nicht an die Nation!« Die Befürworter_innen der neuen Verfassung verurteilten die Aktion und die Regierung kündigte Anzeigen wegen Beleidigung von Staatssymbolen und Verletzung der Rechte der anwesenden Kinder und Jugendlichen an. Mit der Aktion der Band schienen sich die Vorurteile zu bestätigen, die über das Lager der Befürworter_innen der neuen Verfassung kursierten, beispielsweise die arrogant distanzierte Haltung der Linken zu den Vaterlandssymbolen.

Die Turbulenzen rund um den Verfassungsprozesses sind jedoch auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen, von denen drei als entscheidend gelten: 1) die Kampagne der Angst konservativer Kreise; 2) ein zu ehrgeiziger Verfassungsentwurf; und 3) der ungeschickte Verzicht des progressiven Lagers auf die Einbindung patriotischer Symbole. Hinzu kamen strukturelle Probleme, welche die Arbeit des Verfassungskonvents erschwerten. Eines dieser Probleme bestand darin, dass die Mitglieder die ihnen übertragene Aufgabe ohne einen Entwurf als Diskussionsgrundlage angehen und die Aufgabe in der Rekordzeit von nur einem Jahr abschließen mussten. Für die Wahl der Mitglieder des Verfassungskonvents mussten die beteiligten Listen zudem in Windeseile Wahlprogramme ausarbeiten, ohne dass deren Inhalte besonders präzise gewesen wären. Bedauerlicherweise ging es in diesem Wahlkampf vorrangig darum, sich von den politischen Gegner_innen abzugrenzen, wie es in der politischen Dynamik Chiles üblich ist. Später schritt der Prozess so schnell voran, dass völlig aus den Augen verloren wurde, wie die Inhalte in der Bevölkerung aufgenommen werden.

Der Zeitdruck führte zu einer extrem hohen Arbeitsbelastung der Mitglieder, verbunden mit unzähligen Sitzungen, Abstimmungen und strategischen Diskussionen. Ein großer

Teil der Mitglieder des Verfassungskonvents musste viel Zeit in die erforderliche fachliche Vorbereitung investieren, da sie nie zuvor öffentliche oder vergleichbare Ämter innegehabt hatten. Noch dazu fand das Ganze in einem logistischen Chaos statt, das auf die Nachlässigkeit der Regierung Piñera zurückzuführen war.

DIE KAMPAGNE DER ANGST

Die Arbeit des Verfassungskonvents wurde von den konservativsten Kreisen und sämtlichen Parteien des rechten Spektrums von Anfang an abgelehnt, da sie eine Veränderung des von Pinochet geerbten Modells als Bedrohung ihrer Interessen empfanden. Die schier grenzenlose Widerstandskraft gegenüber jeglichen Versuchen, die aktuell geltende Verfassung zu ändern oder zu ersetzen, ist ein Beweis für die konservative Hegemonie in Chile, unabhängig von der jeweiligen Regierung. Wie viel für diese Kreise auf dem Spiel stand, zeigt die Intensität der »Kampagne der Angst«, die den Verfassungskonvent in Verruf bringen und die Verabschiedung des neuen Textes verhindern sollte. Die Verleumdungskampagne setzte unglaubliche Mythen in die Welt wie: »Mit der neuen Verfassung verliere ich mein Eigenheim«, »Ich kann meine Vorsorgeersparnisse nicht an meine Kinder vererben« oder »Es wird eine plurinationale Diktatur eingesetzt«. In der BBC ist ein Artikel erschienen, in dem die Intensität der Desinformationskampagne dargestellt wird (Molina, 2022). Im April veröffentlichten die NGO *Derechos Digitales* (Digitale Rechte) und das nationale Meinungsforschungsinstitut *Datavoz* eine Studie, derzufolge die Hälfte derer, die sich in den sozialen Netzwerken über das Verfassungskonvent informierten, falsche Informationen erhielten (Cárdenas Guzmán, 2022).

Hinzu kommt, dass einige internationale Medien – mit der chilenischen Rechten als Resonanzkörper – den Prozess ebenfalls verteufelten. Noch bevor der Verfassungskonvent zusammentrat, sprach das *Wall Street Journal* von einem »Selbstmordkommando« (O’Grady, 2022). Später forderte auch *The Economist* die Chilen_innen dazu auf, gegen die neue Verfassung zu stimmen und zeigte ein Bild des Textes auf einer Rolle Toilettenpapier (*The Economist*, 2022) – ebenjenes Medium, das den Staatsstreich von 1973 in der Vergangenheit lautstark gepriesen hatte (*The Economist*, 1973).

EINE ZU EHRGEIZIGE VERFASSUNG

Bedenkt man, dass die Ja-Stimmen im Referendum über die Aufnahme des Verfassungsprozesses fast 80 Prozent betrogen, im späteren Referendum über den Verfassungstext allerdings klar unterlegen waren, scheint es sehr unwahrscheinlich, dass allein die Desinformationskampagne der Konservativen für das Scheitern der Verfassung verantwortlich ist, zumal die Rechte in der Vergangenheit bereits mehrfach auf dieses Mittel zurückgegriffen hatte. Was war also dieses Mal anders? Verantwortlich waren vor allem zwei Faktoren: Zum einen lehnte ein großer Teil des politischen Spektrums – nämlich die Mitte – den neuen Text ab, da sie diesen für parteiisch, spaltend und revanchistisch hielt. Mehrere Expert_innen und Journalist_innen teilten diese Analyse. Zum anderen entstand im Verlauf des verfassungsgebenden Prozesses ein unpatriotischer Diskurs, der schließlich den Interessen der Bevölkerung zuwiderlief.

Beginnen wir mit der Uneinigkeit der politischen Mitte gegenüber dem neuen Verfassungstext: Während sich einige Parteien für die Ablehnung aussprachen (Senator_innen der Christdemokraten), wollten sich andere nicht positionieren oder zeigten Vorbehalte gegenüber dem Text (wie der sozialistische Expräsident Ricardo Lagos). Die weitläufigste Kritik der politischen Mitte war, dass der neue Text parteipolitisch motiviert und demnach nicht geeignet sei, die Chile_innen auf Basis gemeinsamer Mindeststandards zu einen. Aus ihrer Sicht hätten die progressiven Mitglieder des Konvents so handeln müssen, als wäre die Rechte im Konvent stärker vertreten gewesen, da der rechte Kandidat bei den letzten Präsidentschaftswahlen (nach der Wahl der Mitglieder des Verfassungskonvents) 44,13 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Die Verfassung im Konsens mit der Rechten zu entwerfen, hätte es vermutlich ermöglicht, den Erfolg der chilenischen Verfassung sicherzustellen.

Strategisch hätte dies bedeutet, die unabhängigen linken Vertreter_innen im Verfassungskonvent von den Vereinbarungen auszuschließen und stattdessen mit der Rechten zu paktieren, die weniger als ein Drittel der Sitze im Konvent innehatte. Inhaltlich hätte dies dazu geführt, einige der Forderungen vom Oktober 2019 fallen zu lassen. Die politische Mitte erwartete vom Verfassungskonvent ein Ergebnis, das den bestehenden sozialen Konflikt befrieden sollte und dabei an die Zeit nach dem Referendum vom 4. September 2022 dachte. Diese Logik ähnelte der Politik der Absprachen während des Übergangs Chiles zur Demokratie: Um nicht in die Zeit der jüngsten Gewaltepisoden zurückzufallen, musste man sich mit der Rechten einigen. Heute ist erwiesen, dass ein nicht unerheblicher Teil der Wählerschaft von diesen Argumenten überzeugt war und die politische Mitte mit ihrer Einschätzung recht hatte. Wobei die analytisch anspruchsvollste Frage darin besteht, ob es angesichts der Situation, in der sich das Land seit fast drei Jahren befindet, einen anderen Weg gegeben hätte.

Die Einigung der politischen Parteien auf den Verfassungsprozess im November 2019 holte das Land aus dem damals herrschenden sozialen Ausnahmezustand, da ein

großer Teil der Bevölkerung der Ansicht war, dass dieser Weg ihren Anliegen entsprechen würde. Die Ergebnisse des Referendums zur Änderung der Verfassung und die spätere Wahl von Vertreter_innen der in der Vergangenheit ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen statteten die Institution zudem mit einem Vertrauensvorschuss durch die Bevölkerung aus. Allerdings ist die Zeit konkreter Politik nie synchron mit der Zeit der Erwartungen der Bürger_innen und die Institutionen – so neu sie auch sein mögen – spiegeln nicht die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung wider. In Chile existieren extrem veränderungsaverse Eliten sowie beträchtliche Ungleichheiten hinsichtlich wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe. In diesem Umfeld wäre es unmöglich gewesen, einen Verfassungsweg aufzuzeigen, der das soziale Gefüge durch einen Konsens zwischen den unterschiedlichen Positionen schnell hätte wiederherstellen können. Würden Reiche und Arme, Männer und Frauen, Indigene und Nicht-Indigene, Rechte und Linke die Ergebnisse mittragen, obwohl der Verfassungsprozess gerade wegen der Spannungen zwischen all diesen Gruppen entstanden ist? Zu erwarten, dass der Verfassungsprozess ein Spaziergang werden würde, wo er doch als Antwort auf einen gewaltsam ausgetragenen Bruch in der Gesellschaft entstanden ist, war völlig unrealistisch. Wenn eine neue Verfassung entstehen soll, weil ihre Vorgängerin nicht mehr tragbar ist, kann sie nicht die Gründe verraten, aufgrund derer sie überhaupt erst erarbeitet wurde. Aus diesem Grund schlug die neue chilenische Verfassung soziale Rechte im Land der Konsumgüter vor, eine größere Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen, die bis dahin ignoriert worden waren, sowie den Schutz einer stark bedrohten Umwelt. Hätte Chile dem Prozess sein Vertrauen ausgesprochen, wenn es anders gewesen wäre? Die Kritik der politischen Mitte an der Unfähigkeit der neuen Verfassung, den sozialen Konflikt zu befrieden, gründete sich auf etwas Unmögliches.

Die Herausforderung der neuen Verfassung bestand darin, die Unzufriedenheit der einfachen Bevölkerung mit dem gegenwärtigen institutionellen Modell zu verkörpern und der Schlechterbehandlung bestimmter Gruppen Einhalt zu gebieten. Es scheint, dass die Aufnahme zu vieler Forderungen in den Verfassungstext, von denen einige den Interessen der Bevölkerungen zuwiderliefen, der Hauptgrund für das Scheitern war. Dem liegt ein strategischer Fehler des progressiven Lagers zugrunde, das vergessen zu haben schien, dass es um eine neue Verfassung ging und nicht um ihr ehrgeiziges politisches Programm.

Einige der Punkte, die bei der Bevölkerung auf den größten Widerstand stießen, waren die Ambiguität einer indigenen Justiz, eine Initiative für Steuerausgaben, die Chile in den parlamentarischen Populismus hätte führen können, die Wiederwahl des Präsidenten entgegen den Erfahrungen des lateinamerikanischen Umfelds, sowie die Namensänderung der Judikative, die zumindest auf symbolischer Ebene deren Autonomie beeinträchtigt hätte. Selbstverständlich hätten all diese Punkte a posteriori reformiert werden können, ohne deswegen die gesamte Verfassung zu verwerfen. Es war jedoch relativ plausibel, dass Schadensbegren-

zung allein nicht ausreichen würde, um ein grundlegendes Problem zu lösen, das im Kern des langen, vom Verfassungskonvent verfassten Dokuments lag.

VERZICHT AUF DIE PATRIOTISCHE IDENTITÄT

Das Scheitern des Entwurfs hatte auch viel mit dem individuellen Verhalten der Vertreter_innen des Verfassungskonvents zu tun. Eines der Ereignisse, die in Erinnerung bleiben werden, ist der Fall eines Konventsmitglieds, das von seinem Amt zurücktrat, nachdem es das ganze Land mit einer erfundenen Krebserkrankung getäuscht hatte (vgl. Montes, 2021). Ein systematischeres Problem waren zudem die ständigen Brandreden einiger unabhängiger Konventsmitglieder. Obwohl ihre Vorschläge nicht angenommen wurden, genügte bereits deren öffentliche Verlautbarung, um die Bürger_innen zu verschrecken, beispielsweise die Initiative zur Auflösung der Staatsgewalten nach sowjetischem Modell (vgl. Reyes, 2022). Ironischerweise führte gerade die nicht elitäre Zusammensetzung der Konventsmitglieder in den Augen der Wähler_innen zu noch mehr Elitismus und Distanzierung von den Bürger_innen. Dies steht sinnbildlich für die tiefe Krise der repräsentativen Demokratie in Chile.

Das individuelle und teils wiederholte Fehlverhalten einiger Konventsmitglieder war jedoch nicht ausschlaggebend. Viel gravierender war die Zurückhaltung des Verfassungskonvents in Bezug auf die chilenische Identität und die Symbole des Vaterlands – als ob sie den 18. Oktober (Ausbruch der sozialen Unruhen 2019) gegen den 18. September (Unabhängigkeitstag) ausspielen wollten. Damit brüskierten die progressiven Kräfte vor allem die einfache Bevölkerung. Anscheinend hatten sie vergessen, wie bei den Protesten im Jahr 2019 riesige chilenische Flaggen durch das ganze Land getragen wurden.

Dem Verfassungstext war es nicht gelungen, auch denjenigen einen geeigneten Raum zu bieten, die sich mit Vaterlandssymbolen identifizieren, obwohl die Möglichkeit dazu bestanden hätte (vgl. Titelman, 2022). Wenn Vielfalt gedeiht und die Gleichheit gewährleistet ist, wird die politische Gemeinschaft gestärkt, sodass sich das Vaterland nicht nur durch seine Grenzen oder die Kriege der Vergangenheit definiert, sondern auch durch das Maß an Solidarität unter seinen Bürger_innen.

Die chilenische Dichterin Gabriela Mistral pflegte zu sagen, das Vaterland sei die Landschaft der Kindheit, womit sie auf die Tatsache anspielte, dass sich schon früh im Leben das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft herausbildet (vgl. Mistral, 2015). In diesem Sinne ist das private Umfeld für die Stärkung der gemeinsamen Werte bzw. das Patriotismusgefühl der Bürger_innen von großer Bedeutung. Als Artikel 46 des Verfassungsentwurfs auf die Verpflichtung des Staates verwies, »die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege« zu ermöglichen, war dies patriotischer Vorschlag, der die für diese Botschaft empfänglichen Kreise hätte ansprechen können. Allerdings fehlte das entspre-

chende Wort im Text und fand auch sonst im politischen Diskurs keine große Beachtung.

Die Befassung des Obersten Gerichtshofs mit der indigenen und nicht indigenen Rechtsprechung greift die Idee einer in ihrer Vielfalt geeinten Gemeinschaft auf. Doch wurde auch hier nicht von einem plurinationalen Vaterland gesprochen. Stattdessen wurde der Eindruck erweckt, die Erklärung Chiles zum plurinationalen Staat würde mit der Abkehr von dessen chilenischen Charakter einhergehen. Im Nachhinein wäre es nützlich gewesen, an das Konzept des »Verfassungspatriotismus« zu erinnern, das im Grunde bedeutet, sich zu den demokratischen Werten der Verfassung zu bekennen (Sternberger, 2001)². Die (vermeintliche) Nichtachtung patriotischer Symbole ist aber kein neues Phänomen, auch die Referenden um den Brexit und das Friedensabkommen in Kolumbien im Jahr 2016 scheiterten aus ähnlichen Gründen.

2 Mit der Einführung des Konzepts des Verfassungspatriotismus, demzufolge die politische Gemeinschaft sich auch auf die gemeinsamen Vereinbarungen der Verfassung stützen könne, einschließlich der Umwandlung der Menschenrechte in Bürgerrechte, versuchte Sternberger zu widerlegen, dass allein die Blut-und-Boden-Ideologie das Deutschland der Nachkriegszeit einen könne.

7

BILANZ

ERGEBNISSE DES REFERENDUMS

Weder die Meinungsumfragen noch die pessimistischsten Prognosen hatten vorhergesagt, mit welcher überwältigenden Mehrheit die neue Verfassung am 4. September 2022 abgelehnt wurde. Von den mehr als 15 Millionen Chilen_innen, die zur Wahlurne gingen (86 Prozent der eingetragenen Wähler_innen), sprachen sich 61,86 Prozent gegen die neue Verfassung aus, nur 38,14 Prozent stimmten für den Entwurf. Dabei ist zu beachten, dass es insgesamt 4.860.093 Stimmen für den Entwurf gab – fast die gleiche Stimmenanzahl, mit der Präsident Gabriel Boric die letzte Präsidentschaftswahl gewonnen hatte (4.621.231). Es liegt also nahe, dass der starke Anstieg der Wahlbeteiligung – teilweise auch durch die Einführung der verpflichtenden Stimmabgabe – größtenteils auf die Gegner_innen des Verfassungsentwurfs entfällt.

Der Entwurf der neuen Verfassung wurde in allen Regionen des Landes abgelehnt, in drei Regionen im Süden Chiles sogar mit über 70 Prozent. Auf der kommunalen Ebene setzten sich die Befürworter_innen in nur acht von 246 Kommunen durch – im Vergleich zum ersten Referendum zur Einsetzung des Verfassungskonvents waren die Ergebnisse katastrophal. In der von der Kommunistischen Partei verwalteten Kommune Santiago erzielten die Befürworter_innen beim ersten Referendum 79 Prozent, verloren die Abstimmung über den Verfassungsentwurf nun aber mit 46,81 Prozent. In Valparaíso (mit dem parteilosen linken Bürgermeister Jorge Sharp) waren es beim ersten Referendum 82,77 Prozent, jetzt hingegen nur noch 49,66 Prozent.

Die Erklärungsansätze für das Ergebnis des Referendums sind verschieden. Dennoch liegt nahe, dass die Wähler_innen durch die sozialen Unruhen weder weiter nach links, noch in dem einen Jahr nach Beginn des Verfassungsprozesses politisch weiter nach rechts gerückt sind. Das Referendum wurde von einer breiten Mehrheit entschieden, die sich selbst mit der politischen Mitte identifiziert oder vorab keinerlei Präferenz geäußert hat. Die Verfassung von 1980 war politisch sehr weit rechts von den Durchschnittswähler_innen einzuordnen, wohingegen der neue Verfassungsentwurf zu weit links ausgerichtet war. Dies entspricht auch den Ergebnissen der Umfragen, in denen die Mehrheit der Befragten sich nur vage für die eine oder andere Option

aussprach, meist mit der Absicht, später noch Reformen einzubringen. Die Abstimmung scheint folglich zu bestätigen, dass sich die chilenische Gesellschaft politisch nicht weiter polarisiert hat.

Allerdings ist es noch zu früh, um endgültige Schlüsse zu ziehen. Die Analyse von Fernández und Guzmán liefert erste relevante Daten, die nach soziodemografischen Variablen aufgeschlüsselt sind (Fernández / Guzmán, 2022): Erstens war der Triumph der Verfassungsgegner_innen in den Kommunen mit den niedrigsten Einkommensgruppen am größten, hier war auch die durchschnittliche Wahlbeteiligung am höchsten. Zwar scheint es zunächst paradox, dass der Verfassungsentwurf ausgerechnet von den Bevölkerungsgruppen abgelehnt wurde, die den Prozess durch die Forderung nach mehr sozialen Rechten im Jahr 2019 überhaupt erst ausgelöst hatten, doch haben mittlerweile offenbar andere Anliegen der Wähler_innen die Oberhand gewonnen, die ihren Ursprung ebenso in den Unruhen von 2019 haben könnten: Die sozialen Unruhen waren ein Moment der Katharsis gegen die Eliten des Landes. Wurde dieses Gefühl anfangs noch von den Linken aufgegriffen, war es am Ende eher von den Rechten besetzt worden. Wie ein Pendel schwang das Aufbegehren von der Ablehnung des geltenden Wirtschaftsmodells hin zur Verteidigung der traditionellen Werte, die mit dem neuen Verfassungsentwurf plötzlich in Gefahr schienen. Beiden Momenten gemein ist der Wunsch nach Abstrafung der Politiker_innen, was sich bei jeder Wahl erneut zeigt. Die Logik der Verfassungsreferenden ist in dieser Hinsicht besonders ungünstig: Bekommen Wähler_innen einen langen Text vorgelegt, dann reicht oft schon ein kleiner negativer Teil, um diesen abzulehnen. Offensichtlich war es ein strategischer Fehler der progressiven Mitglieder, aus dem Verfassungsentwurf eine lange Einkaufsliste zu machen.

Das Prinzip der Plurinationalität hatte allem Anschein nach die größte Auswirkung auf das Wahlergebnis. Laut der oben erwähnten Analyse von Fernández und Guzmán, in der die Wähler_innen nach ländlichen und städtischen Gemeinden aufgeschlüsselt werden, war die Ablehnung der Verfassung in ländlichen Gegenden besonders hoch. Das deutet darauf hin, dass die Bedeutung von patriotischen Symbolen, die vor allem im ländlichen Raum präsent sind, von der Linken unterschätzt wurde.

Ein weiterer auffälliger Befund ist die überwältigende Ablehnung in den vier Kommunen mit der größten indigenen Selbstidentifikation: Camiña (88 Prozent), Alto Biobío (72 Prozent), Colchane (95 Prozent) und Saavedra (69 Prozent). Das zeigt, dass der Plurinationalismus sowohl auf kommunikativer als auch auf inhaltlicher Ebene falsch präsentiert wurde.

CHILE IM INTERREGNUM

Am Morgen nach dem Referendum öffnete die westliche progressive Avantgarde die Nachrichtenseiten im Internet und glaubte ihren Augen nicht zu trauen: Die visionäre neue Verfassung Chiles war mit großer Mehrheit abgelehnt worden und unterbrach somit das Narrativ der Hoffnung, das mit dem »neuen« chilenischen Weg und seinen Lehren für die Welt verbunden war. Als die Chilen_innen an jenem Morgen erwachten, wartete hingegen keine Überraschung auf sie: Die Verfassung aus dem Jahr 1980 war immer noch da. Natürlich hatten sich die gesellschaftliche Unzufriedenheit und die Politikverdrossenheit nicht in Wohlgefallen aufgelöst, aber Chile hatte einmal mehr seine Ablehnung gegenüber dem Establishment gezeigt, wenn auch nicht in Form von Kritik gegen die sozialen Ungleichheiten, sondern in Form von Ablehnung der Lösungen, die von den Eliten angeboten wurden.

Nach dem Wahlausgang konnten konservative Politiker_innen, die Eigentümer_innen der wichtigsten Kommunikationsmedien und die Wirtschaft erleichtert aufatmen, nachdem der Verfassungsentwurf, den sie für eine Bedrohung für die Seele des Landes hielten, gescheitert war. Doch ist das Scheitern des Verfassungsprozesses lediglich die Fortschreibung eines ungelösten Problems, das sie früher oder später wieder einholen wird. Die Corona-Pandemie hat das Ausmaß der sozialen Krise weiter verschärft und die extreme Armut auf das Niveau der 1990er-Jahre zurückfallen lassen. Darüber hinaus wird für Lateinamerika und die Karibik ein geringes Wirtschaftswachstum und die Beschleunigung der Inflation vorausgesagt, was die Länder der Region negativ beeinflussen wird (vgl. CEPAL, 2022). In Chile könnte daher ein neuerlicher und vielleicht sogar gewaltigerer sozialer Ausbruch als 2019 die Folge sein.

Präsident Boric wiederum scheint die Botschaft des Volkes richtig verstanden zu haben. In versöhnlichem Ton begrüßte der Präsident die hohe Wahlbeteiligung des chilenischen Volkes beim Referendum und rief dazu auf, sich über die Meinungsverschiedenheiten hinweg zusammenzufinden. Dementsprechend nutzte er seine Rede, um alle Parteien dazu aufzurufen, sich über die Fortsetzung des Verfassungsprozesses zu verständigen. Dem Präsidenten ist klar, dass der Nationalkongress einen neuerlichen Verfassungsprozess koordinieren müssen, weshalb eine Einigung mit dem rechten Lager unerlässlich ist.

Nichtsdestotrotz schränken die schwierige wirtschaftliche Situation und die damit verbundenen Probleme, wie die Zunahme der Straftaten und der Kriminalitätsrate, das Zeit-

fenster zur Umsetzung des lang gehegten Wunschs nach einer Reform der Verfassung ein. Denkt man an Gramscis Idee vom Interregnum zurück, hat in Chile eine Phase der institutionellen Transition begonnen, die schon bald ein jähes Ende finden könnte. Chiles Kräfte sind begrenzt und konzentrieren sich derzeit auf ein unbekanntes Ziel, auf dessen Weg auch Gefahren lauern könnten, wie die Rückentwicklung zu autoritären Strukturen. Daher stellt sich die Frage, inwieweit es sinnvoll ist, den Weg der Verfassungsänderung sofort weiterzugehen, während die neue Welt in sich zusammenbricht und die reaktionärsten Kräfte Siege sammeln, um an die Macht zurückzukommen. Boric hat offensichtlich keine Antwort auf diese Frage, doch in Momenten, in denen traditionelle Politiker_innen hastig die gleichen Antworten geben, die sie schon die letzten 30 Jahre gegeben haben, sind Zweifel eine unterschätzte Tugend.

Abschließend lassen sich zwei positive Schlussfolgerungen ziehen: Trotz der Niederlage im Referendum scheinen die progressiven Kräfte Chiles eine beachtliche Unterstützung mobilisieren zu können, mit der sich die soziale Transformation weiter umsetzen lässt. Die unglaubliche Übereinstimmung der Stimmzahl Borics im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl mit der Stimmzahl des Ja-Lagers im Referendum positioniert die Linke bei stabilen 38 Prozent der Wähler_innen. Zudem handelt es sich dabei um Teile der Gesellschaft, die seit den Studentenbewegungen vor zehn Jahren große Erfahrungen bei der Mobilisierung sammeln konnten. Im Vergleich hat sich gezeigt, dass es für eine langfristige Transformation entscheidend sein kann, auf eine solide Basis an Unterstützer_innen zählen zu können. Dabei stellte sich für die neuen chilenischen Linken als großer Erfolgsfaktor heraus, dass sie sich mit sozialen Bewegungen verbunden haben, deren Forderungen außerhalb der traditionellen institutionellen Politik lagen. Diese Erfahrung könnte weltweit als Modell dienen.

Als zweiter positiver Effekt können die Fortschritte zählen, die im Entwurf der abgelehnten Verfassung aufgezeigt wurden und als Messlatte aus künftigen demokratischen Prozessen nicht mehr wegzudenken sind. Sollten andere Länder sich vornehmen, ihren Gesellschaftsvertrag zu aktualisieren, werden die Themen Geschlechterparität und Schutz der Umwelt sehr wahrscheinlich aufkommen.

REFERENZEN

- Amnesty International** (2020): »La situación de los derechos humanos en las Américas«, in: *Informe Anual 2019* (AMR 01/1353/2020; S. 96), 27.02.2020, <https://www.amnesty.org/es/documents/amr01/1353/2020/es/>.
- Biblioteca del Congreso Nacional de Chile [Bibliothek des Nationalkongresses Chile]** (2019): *Acuerdo Por la Paz Social y la Nueva Constitución*, 15.11.2019, https://www.bcn.cl/procesoconstituyente/detalle_cronograma?id=f_cronograma-1.
- Cárdenas Guzmán, A.** (2022): »Encuesta revela que más de la mitad de quienes se informan en RRSS sobre la CC ha recibido información falsa«, in: *El Mostrador*, 10.04.2022, <https://www.elmostrador.cl/nueva-constitucion/2022/04/10/encuesta-datavoz-mas-de-la-mitad-de-los-encuestados-afirmo-haber-visto-noticias-falsas-sobre-la-cc-y-al-menos-un-tercio-las-compartio-en-redes-sociales/>.
- Centro de Estudios Públicos [Zentrum für Öffentliche Studien]** (2022): *Estudio Nacional de Opinión Pública N°86*, <https://www.cepchile.cl/cep/encuestas-cep/encuestas-2010-2021/estudio-nacional-de-opinion-publica-n-86-abril-mayo-de-2022>.
- CEPAL** (2022): *Estudio Económico de América Latina y el Caribe 2022: Dinámica y desafíos de la inversión para impulsar una recuperación sostenible e inclusiva*, <https://www.cepal.org/es/publicaciones/48077-estudio-economico-america-latina-caribe-2022-dinamica-desafios-la-inversion>.
- Dillon, S.** (1992): »Chile's Iceberg Message: We're Both Cool And Efficient«, in: *The Seattle Times*, 16.04.1992, <https://archive.seattletimes.com/archive/?date=19920426&slug=1488603>.
- Fernández, M. A. / Guzmán, E.** (2022): *Resultados Plebiscito 2022 Análisis comunal sobre decisión de voto y participación*, Facultad de Gobierno de la Universidad del Desarrollo.
- Garretón Merino, M. A.** (2003). *Incomplete democracy: Political democratization in Chile and Latin America*, University of North Carolina Press.
- Garretón Merino, M. A. / Garretón, R.** (2010): »Incomplete Democracy in Chile: Reality Behind International Rankings«, in: *Revista de Ciencia Política*, 30 (1), 115–148.
- Gramsci, A.** (1975): *Quaderni del carcere I*, Vol. 1–5, Einaudi Editore.
- Hayek, F.** (2007): *Camino de servidumbre* (J. Vergara, trad.), Madrid: Alianza.
- Huencho, Verónica Figueroa** (2021): »The 100 Most Influential People of 2021: Elisa Loncon Antileo«, in: *Time Magazine*, 15.09.2021; <https://time.com/collection/100-most-influential-people-2021/6096000/elisa-loncon-antileo/>.
- Luna, J. P.** (2019): »18/O: La hoguera de las desigualdades«, in: *CIPER Chile*, 20.10.2019, <https://www.ciperchile.cl/2019/10/20/18-o-la-hoguera-de-las-desigualdades/>.
- Mistral, G.** (2015): *Pensando en Chile: Una visión esencial sobre nuestra identidad*.
- Molina, P.** (2022): »La »brutal« desinformación sobre la nueva Constitución propuesta para Chile (y algunas de las confusiones más difundidas)«, in: *BBC News Mundo*, 21.06.2022, <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-62245073>.
- Montes, R.** (2021): »Renuncia el constituyente que engañó a Chile con un cáncer inventado«, in: *El País*, 21.09.2021, <https://elpais.com/internacional/2021-09-21/renuncia-el-constituyente-que-engano-a-chile-con-un-cancer-inventado.html>.
- O'Grady, Mary Anastasia** (2020): »Chile's Suicide Mission«, in: *Wall Street Journal*, 18.10.2020, <https://www.wsj.com/articles/chiles-suicide-mission-11603052967>.
- OECD** (2019): *Pensions at a Glance 2019: OECD and G20 Indicators*, Organisation for Economic Co-operation and Development, https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/pensions-at-a-glance-2019_b6d3dcfc-en.
- Pinedo, J.** (1996): *Una metáfora de país: La discusión en torno a la presencia de Chile en el Pabellón Sevilla 1992. En Ensayismo y Modernidad en América Latina*.
- Propuesta Constitución Política de la República de Chile 2022 [Entwurf der politischen Verfassung der Republik Chile 2022]** (2022), Biblioteca del Congreso Nacional de Chile, https://www.bcn.cl/proceso-constituyente/detalle_cronograma?id=f_copy17_of_chilenas-y-chilenos-eligieron-a-los-155-representantes-de-la-nueva-convencion-constitucional.
- Reyes, F.** (2022): *CC: Rivera argumenta disolución de Poderes con la URSS y Bassa afirma que iniciativa no avanzará*, in: *BioBioChile – La Red de Prensa Más Grande de Chile*, 09.02.2022, <https://www.biobiochile.cl/especial/una-constitucion-para-chile/noticias/2022/02/09/cc-rivera-argumenta-disolucion-de-poderes-con-la-urss-y-bassa-afirma-que-iniciativa-no-avanzara.shtml>.
- Romero, María Cristina** (2019): »Piñera dice que Chile es «un oasis» ante una América Latina »convulsionada«, in: *El Mercurio*, 08.10.2019, <https://www.emol.com/noticias/Nacional/2019/10/08/963586/Pinera-por-America-Latina.html>.
- Sternberger, D.** (2001): *Patriotismo constitucional*, Universidad Externado.
- The Economist** (1973): »The end of Allende«, in: *The Economist*, 15.09.1973, <https://www.economist.com/news/2008/07/03/the-end-of-allende>.
- The Economist** (2022): »Voters should reject Chile's new draft constitution«, in: *The Economist*, 28.08.2022, <https://www.economist.com/leaders/2022/07/06/voters-should-reject-chiles-new-draft-constitution>.
- Titelman, N.** (2019): »Fuego y furia en el »oasis« chileno«, in: *Nueva Sociedad*, 20.10.2019, <https://nuso.org/articulo/fuego-en-el-oasis-chileno/>.
- Titelman, N.** (2022): »La patria plurinacional y el plebiscito de salida«, in: *Ex-Ante*, 24.04.2022, <https://www.ex-ante.cl/la-patria-plurinacional-y-el-plebiscito-de-salida-por-noam-titelman/>.
- UNPD Chile** (Ed.) (2017): *Desiguales: Orígenes, cambios y desafíos de la brecha social en Chile*, PNUD: Uqbar Editores.

ÜBER DEN AUTOR

Tomás Leighton ist Soziologe und hält einen M. A. in »Globale Kommunikation: Politik und Gesellschaft« der Universität Erfurt. Er war Studentenführer und Gründer des Frente Amplio in Chile und schreibt regelmäßig Artikel für Medien wie das *Jacobin Magazine* (USA), *Telepolis* (Deutschland) und *El Mostrador* (Chile).

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Herausgebende Abteilung: Internationale Zusammenarbeit |
Referat Lateinamerika und Karibik

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Annette Lohmann | Referentin Lateinamerika und Karibik

Kontakt/Bestellung: Stephanie.Troeder@fes.de

Gestaltung: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden. Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-98628-276-9

© 2022



ENTTÄUSCHTE HOFFNUNG

(Noch) keine neue Verfassung für Chile



Am 4. September 2022 lehnte die chilenische Bevölkerung den Verfassungsentwurf ab, mit dem die unter der Pinochet-Diktatur entstandene und seit 1980 geltende Verfassung ersetzt werden sollte. Der Weg zu einer neuen Verfassung war nach dem Beginn der Unruhen von 2019 eingeschlagen worden. Nach dem Scheitern des Referendums könnte Chile in Zeiten großer wirtschaftlicher Ungewissheit nun eine weitere politische Krise erleben.



Der Wille der Bevölkerung, die aktuelle Verfassung zu ändern, ist nach wie vor da. Die Regierung muss nun einen neuen Prozess einleiten, dessen Herausforderung darin bestehen wird, die Stärken des ersten Entwurfs beizubehalten und gleichzeitig auf Kritik zu reagieren.



Die demokratischen Innovationen des Verfassungsentwurfs hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit und Umweltschutz sind weltweit wegweisend und werden nicht so leicht rückgängig zu machen sein.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://www.fes.de/referat-lateinamerika-und-karibik/>